

CHECK.punkt

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde der Friedrich-Ebert-Stiftung,

zum Ende des Jahres möchten wir Ihnen mit diesem Newsletter einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen in Palästina und die Aktivitäten unseres Büros geben.

Für das Jahr 2015 eine treffende Überschrift zu finden, fällt schwer. Augenscheinlich haben keine großen Veränderungen dem Jahr seinen Stempel aufgedrückt, weder ist es zu einem Durchbruch und zu weiteren Verhandlungen mit Israel gekommen, noch hat der UN-Sicherheitsrat eine neue Palästina-Resolution verabschiedet. Auch die Palästinensische Autonomiebehörde ist vielen Unkenrufen zum Trotz nicht kollabiert.

Die Versöhnung zwischen Hamas und Fatah, die im letzten Jahr beschlossen wurde, hat ebenfalls zu keinem nennenswerten Politikwechsel geführt, da die Umsetzung weit hinter den gesteckten Zielen – u.a. Neuwahlen – zurück blieb. Vielen Kommentatoren ist auch der Anstieg der gewaltsamen Übergriffe und Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern in den besetzten Gebieten und im israelischen Kernland, die an vielen Orten im Westjordanland und dem Gazastreifen auch mit Demonstrationen an Checkpoints und Sperranlagen einhergingen, der Begriff „Intifada“ (dt: „Abschütteln“) nicht wert.

Mit einer Intifada sind Auseinandersetzungen von noch größerem Ausmaß verbunden, die fundamentalere Veränderungen mit sich bringen als zur Zeit erkenntlich ist. Doch vielleicht ist es noch zu früh, über das Jahr 2015 zu urteilen, denn ob die Unruhen Vorboten einer größeren Umwälzung sind, ist ungewiss.

Das FES Büro in Ost-Jerusalem, das in diesem Jahr sein zwanzigjähriges Jubiläum feierte, hat alle aktuellen Entwicklungen kritisch verfolgt und politisch begleitet.

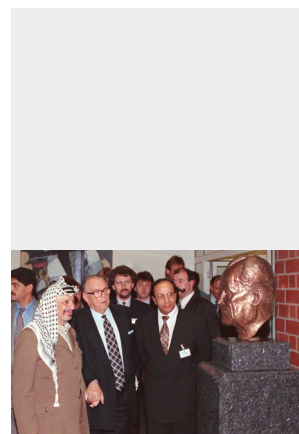
In zahlreichen Dialogveranstaltungen und Workshops führte die FES im Westjordanland, dem Gazastreifen und Ost-Jerusalem ihre Arbeit fort, ermutigte junge Menschen zur gesellschaftlichen Teilhabe und Mitbestimmung, analysierte aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklungen und vernetzte Palästinenser_innen, Deutsche und Europäer_innen, um zu einem tieferen Verständnis der politischen Lage beizutragen. In diesem Jahresrückblick haben wir eine Auswahl der Beratungseinsätze, Veranstaltungen und Veröffentlichungen zusammengestellt.

Frohe und besinnliche Feiertage und Alles Gute für das Neue Jahr!

Mit den besten Grüßen aus Jerusalem,

Ingrid Ross

Leiterin des Büros der FES Ost-Jerusalem



Im Jahr 1993 lud die FES den damaligen PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat anlässlich einer Veranstaltung zur Unterzeichnung der Oslo-Verträge nach Bonn ein. Zwei Jahre später eröffnete die FES das Büro in Jerusalem.



Im Februar besuchte ebenfalls Michael Sommer, stellvertretender Vorsitzender der FES, Jerusalem und Ramallah. Ein Gespräch Dr. Usama Antar, FES Programm Manager in Gaza, konnte wichtige Eindrücke der Arbeit unter den schwierigen Bedingungen im Gazastreifen vermitteln.



Das Büro der FES in Ost-Jerusalem war von Absperrungen betroffen in der Stadt betroffen, nach dem eine neue Welle von Auseinandersetzungen Anfang Oktober einsetzte.

Die wichtigsten politischen Entwicklungen

Im vergangenen Jahr ist es keinem der wichtigen Akteure gelungen, in der palästinensischen Politik oder im israelisch-palästinensischen Konflikt neue Impulse zu setzen. Die Ergebnisse der israelischen Parlamentswahlen und die Fortsetzung der Amtszeit von Premierminister Benjamin Netanjahu gaben den Palästinensern keinen Anlass, Hoffnung in die Wiederaufnahme von Friedensgesprächen mit der neuen israelischen Regierung zu setzen.

Dementsprechend gab es im Jahr 2015 kaum hochrangige Kontakte zwischen beiden Seiten. Die internationale Staatengemeinschaft hält an dem Konzept der Zwei-Staaten-Lösung als Ergebnis von Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern fest. Allerdings sind bislang keine neuen Ansätze zu ihrer Umsetzung entwickelt worden. In Washington und Brüssel scheint gleichermaßen Ratlosigkeit zu herrschen.

Die palästinensische Führung unter Präsident Mahmoud Abbas hat die Internationalisierungsstrategie auch gegen den Widerstand der USA konsequent weiterverfolgt. Doch hat sie nach dem Beitritt zum Internationalen Strafgerichtshof und der Unterzeichnung von mehreren internationalen Abkommen kaum noch weitere Optionen auf dem diplomatischen Parkett.

Der letzte Anlauf in den letzten Tagen des Vorjahrs, eine neue UN Sicherheitsratsresolution mit Parametern zur Konfliktlösung zu erwirken, war ebenfalls nicht von Erfolg gekrönt. Im April trat die Mitgliedschaft im Internationalen Strafgerichtshof in Kraft, nun liegt es in den Händen der Vorermittlungskammer unter der Chefanklägerin Bensouda, ob ein Verfahren gegen Israel eröffnet wird.

Währenddessen hat sich die Lage im Westjordanland, Ost-Jerusalem und dem Gazastreifen beständig verschlechtert. Landnahme, Enteignung und Siedlungsbau wurden fortgesetzt, so dass das Gebiet auf dem ein eigenständiger palästinensischer Staat entstehen soll, fortwährend schrumpft, während die völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen wachsen.

Umsiedlungsprojekte in den strategisch wichtigen C-Gebieten, die beispielsweise eine Vertreibung der Jahalin-Beduinen östlich von Jerusalem mit sich ziehen, wurden weiter vorangetrieben. Zudem häuften sich in den B- und C-Gebieten und in Hebron Übergriffe von radikalen, gewaltbereiten Siedlern, die im Juli in einem Brandanschlag in dem palästinensischen Dorf Duma kulminierte, bei dem mehrere Mitglieder der Dawabshe-Familie ums Leben kamen.

Die lokale Bevölkerung reagierte mit der Einrichtung von „Schutzkomitees“, die nachts Wache hielten, da es in diesen Gebieten der Palästinensischen Autonomiebehörde untersagt ist, ihre Sicherheitskräfte einzusetzen. Die Verdächtigen des Anschlags wurden mit großer zeitlicher Verzögerung festgenommen. Der Zustand der scheinbaren Immunität für israelische Siedler heizte die Stimmung in der palästinensischen Gesellschaft unterdessen weiter an.

Die Palästinensische Autonomiebehörde stand diesen Entwicklungen ohnmächtig gegenüber. Die Ankündigung von Präsident Abbas vor den Vereinten Nationen im September, die Oslo-Abkommen aufzukündigen, sorgte zwar kurz für mediale Aufmerksamkeit, aber es wurde bald klar, dass es sich nur um eine leere Drohung handelte.

CHECK.punkt

Auch sein Ersuch um internationalem Schutz für die Palästinenser verhalte ungehört. Im Oktober flammten Übergriffe von überwiegend jugendlichen Palästinensern auf Israelis im Westjordanland, Jerusalem und dem israelischen Kernland auf. Die politische Elite in Ramallah beobachtete die Entwicklungen aus dem Abseits.

In den über zwanzig Jahren seit der Unterzeichnung der Oslo-Verträge ist eine junge Generation von Palästinensern herangewachsen, die weder Vertrauen in die eigene politische Führung haben, noch an die israelische Bereitschaft zu Konzessionen glaubt.

Perspektivlosigkeit, eine hohe Arbeitslosigkeit, Armut und das Gefühl, Unrecht selbst rächen zu müssen, sind zum Motiv für gewaltsame Übergriffe mit Stichwaffen und Fahrzeugen geworden. Viele sind zudem der Auffassung, dass Palästinenser ohne Anlass erschossen wurden – so zum Beispiel in Hebron – und der Sachverhalt nachträglich verfälscht dargestellt wird. Fakt ist, dass die Zunahme der Übergriffe zu einer Verschärfung der israelischen Militärpräsenz und zu weiteren Abriegelungen im Westjordanland geführt hat, mit großem ökonomischem Schaden für die palästinensische Wirtschaft.

Auch viele Stadtteile Ost-Jerusalems waren von plötzlichen Absperrungen betroffen. Zudem wurden viele Palästinenser bei Demonstrationen in der Nähe von israelischen Siedlungen, Checkpoints oder Militärposten erschossen. Internationale Stimmen kritisieren die palästinensischen Attentate, aber auch eine unangemessene Härte Israels gegenüber den Palästinensern und den Einsatz von Kollektivstrafen, wie Hauszerstörungen.

Auf beiden Seiten haben Angst, Misstrauen und Unsicherheit zugenommen. In diesem Klima sind Anregungen der USA oder

der EU, durch kleine Schritte wie der Erteilung von mehr Arbeitsgenehmigungen oder Freilassungen von Gefangenen, Vertrauen zu schaffen, nicht auf fruchtbaren Boden gefallen.

Die innenpolitische Lage gibt ebenfalls kaum Anlass zur Hoffnung auf baldige Veränderungen. Anstrengungen zur Erneuerung des Mandats der politischen Führungen der PLO, der PA und auch der Fatah sind erfolglos geblieben: Der Generalkongress der Fatah, die in diesem Jahr weitestgehend unbemerkt ihr 50jähriges Jubiläum beging, war ursprünglich für November dieses Jahres anberaumt. Er wurde ebenso wie eine Sitzung des Palestinian National Councils der PLO auf unbekannt vertagt.

Schritte zur Umsetzung des Versöhnungsabkommens zwischen Hamas und Fatah sind ausgeblieben, während die Bevölkerung im Gazastreifen weiterhin unter der israelischen Blockadepolitik und einem tiefverankerten Herrschaftssystem der Hamas leidet.

Die gegenwärtige palästinensische Regierung bezeichnet sich als Konsens-Regierung, zeigt aber wenig Ambitionen, sich mit den Problemen des Gazastreifens auseinander zu setzen, so dass es vor allem internationale Hilfsorganisationen sind, die den schleppenden Wiederaufbau und die Missstände anprangern, denn die unhaltbaren Zustände im Gazastreifen drohen in Vergessenheit zu raten.

Die Armutsrate ist in die Höhe geschneilt. Der überwältigenden Mehrheit der 1,8 Millionen Menschen in Gaza blieb die Reisefreiheit verwehrt, da der Grenzübergang in Rafah die meiste Zeit des Jahres geschlossen war und über Israel nur in besonderen Fällen die Ausreise gestattet war. Der langwierig ausgehandelte Wiederaufbaumechanismus der UN hat versagt.

CHECK.punkt

Für die dramatische Lage im Gazastreifen tragen viele die Verantwortung: Israel, das von der Blockadepolitik nicht abweicht, die Regierung in Ramallah, die die gravierenden Probleme schlichtweg ignoriert und die Hamas, die sich weigert, die de-facto Macht abzugeben.

Highlights des Jahres

Januar: Besuch von Achim Post, MdB und Generalsekretär der PES

Vom 20. bis 23. Januar 2015 besuchte Achim Post, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag und Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Europas (PES) zusammen mit Carsten Stender, Büroleiter des SPD Vorsitzenden Sigmar Gabriel, die Palästinensischen Gebiete.

Der Besuch stand unter dem Eindruck der bevorstehenden israelischen Knesset-Wahlen im März. Die palästinensischen Gesprächspartner brachten ihre Sorge zum Ausdruck, dass die Aussichten für neue Verhandlungen mit einer neuen rechtsgerichteten israelischen Regierung minimal seien.

Post analysierte mit Vertreter_innen der PLO, Fatah und zivilgesellschaftlichen Organisationen die Ursachen für das Scheitern der letzten Verhandlungsrunde, die von US Außenminister John Kerry initiiert worden war.

Die palästinensischen Gesprächspartner machten klar, dass sie weiterhin auf die Internationalisierungsstrategie setzten, sei es im Rahmen des UN-Sicherheitsrats oder durch den Beitritt zum Internationalen Strafgerichtshof.

Februar: Besuch des DGB Vorsitzenden Reiner Hoffman in den Palästinensischen Gebieten

Am 15. Februar 2015 besuchte der neue Vorsitzende des DGB, Reiner Hoffmann eines der Wirtschaftszentren der palästinensischen Gebiete, die Stadt Nablus. Dort hat der palästinensische Gewerkschaftsdachverband PGFTU seinen Hauptsitz. Im Gespräch mit Shaer Sa'ad, dem Generalsekretär der PGFTU erörterten beide die soziale und wirtschaftliche Lage in den besetzten Gebieten.

Die vielfachen Restriktionen der israelischen Besatzung wie Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Arbeiter_innen stellen ein großes Hindernis für die Entwicklung dar. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 25%, im Westjordanland sind 15% der Bevölkerung ohne Arbeit, im Gazastreifen sind es gar 41%. Ein weiteres Gesprächsthema war der kürzlich verabschiedete Mindestlohn in den palästinensischen Gebieten, der leider noch immer häufig weder im privaten noch im öffentlichen Sektor Anwendung findet.

Zudem konnte Hoffmann sich bei einem Besuch einer Berufsschule, die von der GIZ gefördert wird, auch einen Einblick in das palästinensische Ausbildungssystem verschaffen und sich mit Jugendlichen über ihre Chancen und Perspektiven austauschen.

Vor dem Hintergrund eingeschränkter Einkommenschancen in den palästinensischen Gebieten ist der israelische Arbeitsmarkt für viele trotz der beschwerlichen Verfahren zur Erlangung von Arbeitsgenehmigungen und teils weiter Wege von großer Bedeutung.



Die Delegation vor dem PLO-Gebäude in Ramallah, (v.l.n.r.) Tobias Krause, deutsches Vertretungsbüro Ramallah, Ingrid Ross, Leiterin FES Palästina, Achim Post, MdB, Carsten Stender, Büroleiter des SPD Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, Jakob Rieken, Programm Manager FES Palästina.



DGB Vorsitzender Reiner Hoffmann mit Shaher Sa'ad, dem Vorsitzenden der Palestinian General Federation of Trade Unions (PGFTU) in Nablus



Die Delegation der SPD Bundestagsabgeordneten bestehend aus Christian Flisek, Christina Jantz, Eva Högl, Christian Lange, Kerstin Griese und Johannes Fechner (v.l.n.r.), die die Palästinensischen Gebiete im Frühjahr besuchte, traf u.a. Dr. Nabil Shaath, Mitglied des Zentralkomitees und Außenbeauftragter der Fatah.

CHECK.punkt

März: Hot Chair Debate zu Israeli-schen Parlamentswahlen mit Ayman Odeh in Nablus

Die Knesset-Wahlen am 17. März 2015 in Israel wurden auch von den Palästinensern im Westjordanland und dem Gazastreifen mit sehr großem Interesse verfolgt. Die Formierung der „Joint List“, einer Vereinigung verschiedener arabischer Parteien in Israel unter dem Vorsitzenden Ayman Odeh im Vorlauf der Wahl, galt auch in den besetzten Gebieten als ein Meilenstein. Einige Kommentatoren zogen Parallelen zu dem Versöhnungsprozess zwischen Hamas, Fatah und anderen palästinensischen Bewegungen.

Trotz Unterzeichnung des Versöhnungsabkommens im April des Vorjahres waren bis dato keine weitreichenden Schritte zur Durchführung von Neuwahlen in den palästinensischen Gebieten unternommen worden. Eine öffentliche Podiumsdiskussion in der Reihe der „Hot Chair Debates“ mit dem Think Tank MEDAD thematisierte die Rolle, die die gemeinsame Liste nach dem relativ erfolgreichen Abschneiden bei den israelischen Wahlen auch für den israelisch-palästinensischen Konflikt spielen könnte.

Der Umgang mit der neuen israelischen Regierung unter dem wiedergewählten Premierminister Benjamin Netanjahu stellt Palästinenser und arabische Israelis dies- und jenseits der Grünen Linie vor Herausforderungen.

April: Palästinensische Menschenrechtsorganisationen bereiten Schattenbericht zu internationalen Abkommen vor

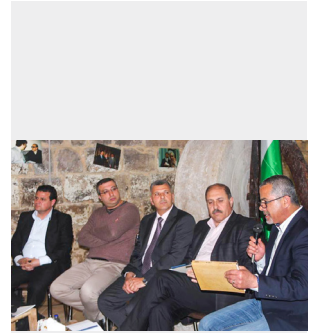
Im Zuge der Internationalisierungsstrategie unterzeichnete Präsident Abbas im vergangenen Jahr mehrere internationale Abkommen und Verträge, denen Palästina nun als Vertragsstaat verpflichtet ist. Neben den Grundlagenverträgen über die Aufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen handelte es sich auch um Abkommen, die zum Schutz der Rechte der Palästinenser_innen beitragen sollen.

Einer dieser Verträge ist der internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Mit der Mitgliedschaft gehen auch Verpflichtungen der palästinensischen Regierung einher, für die Achtung dieser Rechte in der eigenen Gesellschaft zu sorgen.

Die FES unterstützte die Palestinian Human Rights Organisations' Coalition (PHROC) durch ein einwöchiges Seminar in Ramallah dabei, die Kenntnisse über den Inhalt des Vertrags zu vertiefen und zivilgesellschaftliche Organisationen auf die Vorlage eines Schattenberichts an die Vertragsgremien vorzubereiten.

Teil des Projekts mit der PHROC war auch ein Besuch in der Brüssel. Dort informierten sich Vertreter_innen der Menschenrechtsorganisationen über die Mechanismen zur Achtung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturelle Rechte innerhalb der EU.

Im kommenden Jahr soll der palästinensische Schattenbericht erstellt und in Genf vorgelegt werden, wenn der Bericht über die Lage in Palästina dort auf der Agenda steht.



Die Hot Chair Debate fand im Awtar Center in Nablus statt. Es diskutierten (v.l.n.r.): Ayman Odeh, Vorsitzender der Joint List, Dr. Mohanad Mustafa, Haifa University, Dr. Nasser al-Din al-Shaer, ehem. Palästinensischer Minister, Tayseer Nasrallah, Mitglied der PLO mit dem Moderator Dr. Hasan Ayoub.



Vertreter palästinensischer Menschenrechtsorganisationen beim Training der Palestinian Human Rights Organisations' Coalition (PHROC) in Ramallah.



Workshop mit dem Gaza Community Mental Health Program (CCMHP) zur Ausbildung von Beratern für die psychologische Betreuung von Frauen, Kinder und Jugendlichen. Das Projekt wurde von der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen unterstützt.

CHECK.punkt

Mai: Psychologische Unterstützung für traumatisierte Frauen, Kinder und Jugendliche im Gazastreifen

Ein Großteil der Bevölkerung des Gazastreifens leidet unter psychischen Problemen, die auf die kriegerischen Auseinandersetzungen mit Israel zurückzuführen sind. Zuletzt waren im Sommer 2014 2.200 Palästinenser_innen in Gaza während des Kriegs getötet und mehr als 10.000 verletzt worden.

Trauma und psychologische Probleme sind nunmehr Teil des Alltags im Gazastreifen. Insbesondere Kinder und Jugendliche leiden darunter - 43% der Bevölkerung in Gaza sind unter 14 Jahre alt.

Fälle von häuslicher Gewalt, Hyperaktivität oder Konzentrationsstörungen stehen häufig im Zusammenhang mit traumatischen Erlebnissen der vergangenen Jahre. Die FES unterstützte das GCMHP bei der Verbreiterung des Angebots von psychologischer Betreuung für Kinder, Jugendliche und Frauen, die in den schlechter zugänglichen Außenbezirken des Gazastreifens leben.

Ein integriertes Angebot von der Ausbildung zur Früherkennung psychologischer Belastungsstörungen an Schulen durch Lehrer_innen und telefonischer Beratung durch Fachpersonal konnte einen Beitrag zur Verbesserung der Lage leisten. Die langfristigen Folgen der Traumatisierung weiter Teile der Bevölkerung – auch im Hinblick auf eine friedliche Aussöhnung mit Israel auf gesellschaftlicher Ebene – sind schwer abzuschätzen.

Die Erinnerung der Generation der Bewohner_innen des Gazastreifens, die einen normalen, bisweilen freundschaftlichen Umgang mit den israelischen Nachbarn gewohnt waren, wird in absehbarer Zeit immer weiter verblasen.

Juni: 20-jähriges Jubiläum der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Palästinensischen Gebieten

Im Jahr 1995 eröffnete die FES das Büro in Ost-Jerusalem mit Zuständigkeit für die Palästinensischen Gebiete.

Auch in Gaza fand am 20. Juni ein Empfang mit Dr. Ralf Hexel, Leiter des Referats Naher und Mittlerer Osten/Nordafrika in Gaza statt. Dr. Abdallah Franghi, Gouverneur von Gaza, sowie FES Partner und Freunde ehrten den Einsatz der FES für Soziale Gerechtigkeit in den Palästinensischen Gebieten und internationalen politischen Dialog.

In Ramallah wurde das Jubiläum mit wichtigen Partnern und Freunden aus Ost-Jerusalem, dem Westjordanland und Deutschland gefeiert. Ehrengäste waren Dr. Mohamed Stayyah, Mitglied des Fatah Zentralkomitees, Dr. Mustafa Barghouti, Generalsekretär der AIMubadara sowie Christian Kröning, Landesgeschäftsführer der SPD in Schleswig-Holstein.

Die Feierlichkeiten machten deutlich, dass die FES in den letzten zwei Jahrzehnten einen hervorragenden Ruf als verlässlicher Partner beider Schwesterparteien und Nichtregierungsorganisationen erlangt hat.

Insbesondere das regionale und internationale Netzwerk der FES sowie der Einsatz für das Recht der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung, ein Leben in Würde und Freiheit im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung wurde von den Partnern gewürdigt.



Vor zwanzig Jahren eröffnete die FES das Büro in den Palästinensischen Gebieten mit Sitz in Ost-Jerusalem.



Auch im Gazastreifen lud die FES zu einem Empfang aus diesem Anlass ein. Dr. Ralf Hexel, Leiter des Referats Naher / Mittlerer Osten und Nordafrika der FES war ebenfalls anwesend.



PD Generalsekretärin Yasmin Fahimi traf bei ihrem Besuch Ende Juni / Anfang Juli u.a. Mohamed Shtayyeh, Mitglied des Fatah Zentralkomitees in Ramallah.

CHECK.punkt

Juli: Seminarreihe zu "Community Journalism" in Jerusalem

Spätestens mit der Ermordung des palästinensischen Jugendlichen Abu Khdeir in Jerusalem im Sommer 2014 hatten die politischen Unruhen in der Stadt ein neues Ausmaß erreicht. Die ständige Drohung, dass Israel den Status Quo an dem Ort ändern könnte, der dem Islam als drittes Heiligtum gilt, erhitzte weiter die Gemüter.

Bislang ist das Areal des Haram AlSharifs mit der AlAqsa Moschee und dem Felsenom den Muslimen zum Gebet vorbehalten. Angehörige anderer Religionen dürfen die Stätte zwar besuchen, müssen jedoch von religiösen Handlungen absehen. Zunehmend fordern Stimmen in der israelischen Gesellschaft und politische Vertreter eine Änderung des Status Quo und die Freiheit zum jüdischen Gebet auf dem Tempelberg. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Stadt haben sich im Laufe des Jahres weiter verschärft.

Die Berichterstattung ist häufig lückenhaft und von Pressezensur und Gerüchten in sozialen Medien beeinflusst. Vor diesem Hintergrund hat die FES in Zusammenarbeit mit der NGO Grassroots AlQuds eine Seminarreihe mit Bürgerjournalisten aus Ost-Jerusalem aufgenommen, mit dem Ziel die Qualität der Berichterstattung über die Ereignisse im palästinensischen Teil der Stadt zu verbessern.

August: Workshop mit AlMubadara zur Vorbereitung von Kommunalwahlen

Im kommenden Jahr stehen turnusgemäß Kommunalwahlen in den Palästinensischen Gebieten an. Vor dem Hintergrund des Legitimationsdefizits der Legislative und Exekutive der Palästinensischen Autonomiebehörde ist die Durchführung dieser Wahlen von umso größerer Bedeutung.

2012 wurde auf lokaler Ebene lediglich im Westjordanland gewählt, damals verweigerte die Hamas die Teilnahme. Ob die Lokalwahlen 2016 unter anderen Vorzeichen im Westjordanland und im Gazastreifen stattfinden können, ist zum jetzigen Zeitpunkt fraglich.

Generalsekretär Mustafa Barghouti machte jedoch unmissverständlich klar, dass das wachsende Demokratiedefizit zu einer großen gesellschaftlichen Belastung führt und er sich daher für eine fristgerechte Durchführung der Lokalwahlen einsetzen wird. In diesem Kontext fand am 15. und 16. August 2015 ein weiterer Workshop in Kooperation mit den SPD Landesverbänden aus Norddeutschland statt, der sich auf die strategische Planung und Durchführung von Wahlkämpfen konzentrierte.

Im Rahmen der zweitägigen Veranstaltung mit den Landesgeschäftsführern der SPD aus Hamburg und aus Schleswig-Holstein konnten die Schwesterparteien ihre Erfahrungen bezüglich der Kampagnenführung auf lokaler Ebene teilen und sich über Herausforderungen austauschen. Der Workshop half den palästinensischen Partnern künftige Wahlkampfthemen für die auf Lokalebene antretenden Kandidaten der Al-Mubadara identifizieren.

September: Start der zweiten Generation von Young Leaders „Jeel Jdid“ im Westjordanland

Nach dem erfolgreichen Abschluss der ersten Generation der Nachwuchsförderungsprogramme der FES im Westjordanland und in Gaza, startete im Herbst die Auswahl für die zweite Generation in Bethlehem. Das Young Leaders Programm ist Teil eines regionalen Projekts der FES, welches Jugendlichen langfristig die Mitwirkung an Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse in der arabischen Welt ermöglichen soll.



Die Landesgeschäftsführer der SPD in Hamburg und Schleswig-Holstein, Tim Petschulat und Christian Kröning, teilten ihre Erfahrung in Kampagnenarbeit für Kommunalwahlen mit Mitgliedern der Schwesterpartei AlMubadara in Ramallah.



Die erste Generation des Young Leaders Programms im Westjordanland feierte im Sommer ihren Abschluss.



Im Westjordanland startete im Herbst die zweite Generation des Young Leaders' Programms „Jeel Jdid“. BewerberInnen nahmen einer Auswahlkonferenz teil, um sich für die Teilnahme am Young Leaders Programm zu qualifizieren.

Die Teilnehmer_innen des Programms erhalten die Chance, ihre professionellen und persönlichen Fähigkeiten zu stärken, sich politische weiterzubilden und sich darauf vorzubereiten, eine verantwortungsvolle Rolle in der Gestaltung der Gesellschaft zu spielen.

In Ost-Jerusalem und dem Westjordanland wird das Programm mit der Partnerorganisation PalVision durchgeführt, in Gaza mit dem Partner Save Youth Future Society. Die jüngsten Unruhen sind auch Ausdruck der Perspektivlosigkeit vieler Palästinenser_innen der jungen Generation und führen vor Augen, dass die Jugendlichen in der Gestaltung der Zukunft des israelisch-palästinensischen Konflikts eine relevante Komponente sind. Umso wichtiger ist es, in die politische Bildung der Jugendlichen zu investieren, sie in den gesellschaftlichen Diskurs einzubeziehen und Perspektiven zu schaffen.

Oktober: Szenarien-Seminar zur Zukunft der Palästinenser im Jahr 2030

Die Aussichten für ein Ende der israelischen Besatzung und die Zwei-Staaten-Lösung verschlechterten sich im Laufe des Jahres stetig. Palästinensische Hoffnungen, dass die Europäer als Vermittler eingreifen und die Konfliktlösung beschleunigen werden, haben sich im Jahr 2015 nicht erfüllt. Stattdessen herrschen Frustration und Perspektivlosigkeit.

Ein Seminar mit jungen Führungskräften, das die FES in Kooperation mit PalVision konzipierte, befasste sich vor diesem Hintergrund mit der Frage, welche Szenarien im Jahr 2030 denkbar sind und welche Weichenstellungen heute unternommen werden müssen, um den Konflikt beizulegen und ein Leben in Würde und Freiheit zu ermöglichen.

Die Szenarien, die von der Gruppe entwickelt wurden, sollen auch dazu dienen, den Dialog zwischen den heutigen Entscheidungsträgern der PLO und den jungen Nachwuchskräften zu intensivieren.

November: Konferenz zu Internationaler Unterstützung in Gaza

Mehr denn je benötigt es nicht nur finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau und humanitäre Hilfe im Gazastreifen, sondern nachhaltiges politisches Engagement, um den Kreislauf von Zerstörung und Wiederaufbau zu durchbrechen.

In Kooperation mit dem Palestinian Planning Center (PPC) organisierte die FES eine Konferenz, um mit palästinensischen und internationalen Experten über das Engagement der internationalen Gemeinschaft zu diskutieren.

Ulrike Hauer, politische Beraterin der EU-Vertretung in Jerusalem und Nathan Thrall, Analyst der International Crisis Group erläuterten dabei die europäischen und amerikanischen Positionen und machten deutlich, welche realistischen Erwartungen an externe Akteure gestellt werden können.

In Zeiten, in denen Vielzahl von unterschiedlichen Konflikten die Aufmerksamkeit der europäischen Akteure und der Weltgemeinschaft binden, ist es eine Herausforderung, für ein stärkeres Engagement der internationalen Gemeinschaft für die Lösung des Konflikts zu werben. Experten diskutierten nicht nur über Strategien der offiziellen Vertreter der PA, sondern auch über den Einsatz von sozialen Medien und öffentlichen Kampagnen durch zivilgesellschaftliche Akteure.



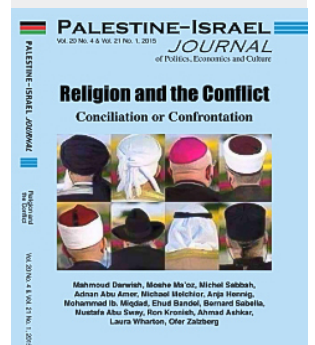
Auch im Gazastreifen schloss die erste Gruppe erfolgreich das Young Leaders Programm erfolgreich ab.



Die Teilnehmer_innen des Szenarien-Seminars kamen aus dem Westjordanland, Ost-Jerusalem, dem Gazastreifen und der Diaspora.



Die Konferenz des Palestinian Planning Center in Gaza stieß auf große Resonanz.



Die Beiträge in der Ausgabe gehen der Frage nach, welche Auswirkungen der zunehmende Trend der Religiosität in Israel – aber auch in der Region – auf den Konflikt haben.

CHECK.punkt

Dezember: Paneldiskussion zur Vorstellung der Ausgabe "Religion and the Conflict" des Palestine-Israel-Journal

Am 3. Dezember stellte das Palestine-Israel-Journal in Kooperation mit der FES die jüngste Ausgabe unter dem Titel „Religion and the Conflict - Conciliation or Confrontation?“ vor.

Die Beiträge des Journals thematisieren die Rolle von Religion im Nahost-Konflikt und untersuchen sowohl unterschiedliche Strömungen in der jüdischen Gesellschaft Israels als auch in den Palästinensischen Gebieten und der arabischen Welt.

Die Herausgeber des Journals, Hillel Schenker und Ziad Abu Zayyad, diskutierten mit Ilan Baruch, dem ehemaligen israelischen Botschafter in Südafrika, Ofer Zalzburg, Analyst der International Crisis Group, sowie dem palästinensischen Experten Adnan Abdelrazek in Jerusalem über die Differenzen und Gemeinsamkeiten des Glaubens und die daraus entstehenden Konflikt- bzw. Lösungspotentiale. Es wurde deutlich, dass auch externe Akteure die gewachsene Rolle von Religion in Betracht ziehen müssen.

Zum Weiterlesen

„Abbas spielt mit dem Feuer“, Kommentar von Ingrid Ross, ZenithOnline, September 2015

„Palästinas amtsmüder Regent“, Kommentar von Ingrid Ross, Qantara, September 2015

„Eine neue Generation probt den Aufstand“, Kommentar von Ingrid Ross, Zeit Online, Oktober 2015

Den Newsletter und wöchentlichen Friday's Fact können Sie auf unserer Webseite abonnieren.

Publikationen unserer Partner

„Al Aqsa Mosque Compound Targeted“, Publikation von PASSIA, April 2015

„Public Opinion Poll No. 84“, Umfrage von JMCC, August 2015

„Public Opinion Poll No. 83“, Umfrage von JMCC, März 2015

„Assessment Study on Vocational Training within the Tourism Sector in the West Bank“, Studie der Palestinian General Federation of Trade Unions (PGFTU), November 2015

„Religion and the Conflict“, Ausgabe des Palestine-Israel Journal, September 2015

„Reforming the Cooperative Sector in Palestine“, Publikation von MAS, Oktober 2015

„Seyasat Magazin Ausgabe 31“, IPP, 2015

„Seyasat Magazin Ausgabe 32“, IPP, 2015

„Seyasat Magazin Ausgabe 33“, IPP, 2015

Danksagung

Wir möchten uns bei unseren Partnern und Freundinnen und Freunden in Palästina und Deutschland für die gelungene Arbeit im Jahr 2015 bedanken. Besonderer Dank gilt unserem Kollegen Jakob Rieken, der nach knapp zweijähriger Tätigkeit seine Arbeit bei uns beendet hat.

Im Büro in Ost-Jerusalem haben uns folgende Junior Guest Researcher und Kurzeitexperti_innen in diesem Jahr tatkräftig unterstützt, für deren Mitwirkung wir uns ebenfalls herzlich bedanken: Carmen Hennig, Friederike Hoff, David Schwob, Annett Helwig, Claudia Weidner, Sarah Best und Philipp Nigitsch. Wir wünschen ihnen viel Erfolg für die berufliche Zukunft.



Beim SPD Parteitage im Dezember hatte die palästinensische Delegation bestehend aus Fatah (Dr. Nabil Shaath, Dr. Sahar Qawasmi, Dr. Kifah Rdeidah) und AIMubadara Vertreter_innen (Dr. Mustafa Barghouti, Dr. Mohamed Awad) die Gelegenheit, die frisch gewählte Generalsekretärin Katarina Barley kennen zu lernen.



Thorsten Schäfer-Gümbel, Landesvorsitzender der SPD in Hessen, besuchte am 21. Oktober das Büro der FES Ost-Jerusalem, um mit Vertretern der Fatah und der Jugendbewegung der Partei über die aktuelle Lage zu diskutieren.



An der Diskussion zur Vorstellung der Ausgabe nahmen Ilan Baruch, Ziad Abu-Zayyad, Adnan Abdelrazek und Ofer Zalzburg (v.l.n.r.) teil. Die Diskussion wurde von Omran Shroufi, Programm Manager der FES moderiert.